

Rezensionen

Peter Joachim Lapp: Volkspolizei als Teil des Grenzregimes der DDR. Dokumentation und Analyse. Helios Verlags- und Buchgesellschaft, Aachen 2023, 154 Seiten, 23,- Euro

Rund 70 Prozent der Fluchtversuche aus der DDR wurden in den 1980er Jahren durch die Volkspolizei und die Transportpolizei vereitelt. Von 1961 bis 1970 scheiterten 52.190 Fluchtversuche, von 1971 bis 1980 scheiterten 18.252 Fluchtversuche und von 1981 bis zur Maueröffnung scheiterten weitere 13.807 Fluchtversuche. Nach Statistiken des DDR-Verteidigungsministeriums handelte es sich z.B. im Jahr 1986 bei den „wegen versuchten Grenzdurchbruchs in Richtung BRD, Westberlin und des Offenen Meeres“ festgenommenen DDR-Bürgern zu 70 Prozent um Fluchtwillige im Alter von 14 bis 26 Jahren, zu 23 Prozent um Personen im Alter von 27 bis 40 Jahren und zu 7 Prozent um über 40jährige.

Peter Joachim Lapp, der seit Jahrzehnten das DDR-Grenzregime erforscht und dazu grundlegende Studien veröffentlicht hat, schließt nun mit der vorliegenden Arbeit über die Volkspolizei als Institution der Grenzüberwachung eine Forschungslücke. Alle Dienstzweige der Volkspolizei waren, wie es im DDR-Amtsjargon hieß, zur „frühzeitigen Aufdeckung und Verhinderung von Entschlüssen, Vorbereitungen und Versuchen zum widerrechtlichen Passieren der Staatsgrenze“ verpflichtet. Das galt nicht nur für den grenznahen Raum, sondern sollte sich „gleichermaßen auf das gesamte Territorium der DDR erstrecken“, weil an Wohn- und Arbeitsorten bereits mit „Vorbereitungshandlungen“ potentieller Flüchtlinge zu rechnen war. In einem vom DDR-Innenministerium 1987 herausgegebenen „Handbuch Staatsgrenze“ hieß es: „Jede erfolgreiche Aufdeckung und Verhinderung von Entschlüssen, Vorbereitungs- und Versuchs-

handlungen des widerrechtlichen Passierens der Staatsgrenze ist im wahrsten Sinne patriotische und internationalistische Tat eines jeden Angehörigen der Deutschen Volkspolizei.“

Bereits 1955 war in der Kriminalpolizei das „Arbeitsgebiet I (AG I)“ eingerichtet worden, zu dessen Hauptaufgaben die „Unterbindung ungesetzlicher Grenzübertritte“ gehörte. Die AG I durfte dazu „Inoffizielle Kriminalpolizeiliche Mitarbeiter“ (IKM) und „Kriminalpolizeiliche Kontaktpersonen“ (KK) einsetzen, die sich an Personen heranmachen sollten, von denen angenommen wurde, dass sie eine Flucht aus der DDR im Sinne führten. Wie Lapp schreibt fungierte die AG I innerhalb der Kriminalpolizei zum Teil auch als politische Polizei, obgleich „die klassischen Funktionen einer politischen Behörde beim MfS angesiedelt“ blieben. Zu den Einstellungsvoraussetzungen in der AG I gehörte neben einer mehrjährigen „vorbildlichen Dienstauführung im Dienstzweig Kriminalpolizei“ auch „eine positive Einstellung zur Tätigkeit des MfS“.

In der AG I arbeiteten bei der Kriminalpolizei in den Bezirken bzw. Kreisen gegen Ende der SED-Diktatur ca. 2 300 hauptamtliche Mitarbeiter. Neben der dienstlichen Hierarchie überwachte das MfS insbesondere die Tätigkeit der AG I wie auch der für politische Delikte zuständigen KI der Kriminalpolizei. Wichtige Positionen in diesen Dienststellen waren mit inoffiziellen MfS-Mitarbeitern oder MfS-Offizieren im besonderen Einsatz durchsetzt.

Peter Joachim Lapp beschreibt in einzelnen Kapiteln die Mitwirkung aller Diensteinheiten der Volkspolizei am System der Fluchtverhinderung. Das betrifft die Schutzpolizei und insbesondere die Transportpolizei aber auch die Verkehrspolizei, den Betriebsschutz und das Pass- und Meldewesen. Allerdings erschwerte nach Lapps Recherchen „die Deutungshoheit

der Mielke-Behörde in Sachen Grenzsicherung und die Arroganz der MfS-Offiziere“ in der Praxis die Zusammenarbeit mit den Dienstseinheiten der Volkspolizei zunehmend. Die MfS-Aufseher hätten „in ihren Genossen von der VP, insbesondere beim Schutz der Staatsgrenze, oft nur laxer Erfüllungsgehilfen“ gesehen, die sogar „zum Ende der DDR der politischen Unzuverlässigkeit verdächtigt wurden“. Höhere Offiziere der Volkspolizei forderten in den 1980er Jahren mehr oder weniger offen „mehr Autonomie gegenüber dem MfS“ und viele Volkspolizisten mieden „einen zu engen Kontakt“ zum Staatssicherheitsdienst. Seit Mitte der 1980er Jahre verlor das „Freund-Feind-Bild“ in der Volkspolizei zunehmend an Wirkung, die „Dienstunzufriedenheit“ nahm auf allen Ebenen zu. So versuchten die Führungsfunktionäre erfolglos, durch Rügen und Parteiverfahren der ansteigenden Zahl nicht gemeldeter Westkontakte Herr zu werden.

Zuletzt verfügte die Volkspolizei über rund 65 000 Mitarbeiter. Allerdings hätten sich nach dem Ende der DDR kaum Volkspolizisten zu einer kritischen Befassung „mit ihren früheren Grenzsicherungsaufgaben“ bereitgefunden. „Dabei hätte“, so Peter Joachim Lapp, „ohne die Volkspolizei das DDR-Grenzregime nicht funktioniert“, denn ihre Mitwirkung an der „engmaschigen und verdeckten Beobachtung und Kontrolle, insbesondere der jüngeren Jahrgänge“, war ein wichtiger Faktor der „Vorbeugung und Verhinderung von Straftaten des widerrechtlichen Passierens der Staatsgrenze“.

Die Studie von Peter Joachim Lapp enthält einen informativen Dokumentenanhang mit Bestimmungen zur grenzsichernden Tätigkeit der Volkspolizei, Organigrammen zur Struktur volkspolizeilicher Dienststellen und statistischen Tabellen.

Jochen Stadt

Remo Kroll, Frank Rainer Schurich: Täter in Uniform. Drei authentische Kriminalfälle aus der DDR. Bild und Heimat, Berlin 2023, 252 Seiten, 14,99 Euro.

Der Titel des neuen Buches von Remo Kroll und Frank Rainer Schurich ist etwas irreführend. Ihre „Täter in Uniform“ sind nicht jene uniformierten Staatsangestellten, deren Tätigkeit und Funktion Peter Joachim Lapp untersucht hat. Diese Täter in Uniform begingen ihre Taten im dienstlichen Auftrag. Die von Kroll und Schurich untersuchten Verbrechen, haben damit nichts zu tun. Ihre Täter waren Soldaten, die außerhalb ihres Dienstes Mord und Totschlag begingen. Nur einer von ihnen war bei der Tat uniformiert. Die Tatausführungen werden von Kroll und Schurich auf der Grundlage von Polizei- und MfS-Unterlagen mit allen, zum Teil grausamen, Details beschrieben.

Im ersten Fall richtet sich der uniformierte Täter selbst. Er hatte einen polnischen Fiat gestoppt und dem jungen Fahrer, der sich mit seinem dreijährigen Sohn auf der Heimfahrt befand, erklärt, er müsse ihn im dienstlichen Auftrag nach Ragow bringen. Als er den Fahrer mit vorgehaltener Waffe dazu zwingen wollte und dieser sich wehrte, verletzte er ihn durch einen Kopfschuss tödlich. Der kleine Sohn erlebte das schreckliche Geschehen auf dem Rücksitz des Fahrzeugs. Der Täter erschoss sich hernach in einem nahe gelegenen Feld. Er hatte als Soldat im MfS-Wachbataillon Feliks Dzierzynski gedient.

Bei dem zweiten beschriebenen Fall handelte es sich um einen Soldaten der Nationalen Volksarmee, der fünf minderjährige Jungen und einen Jugendlichen nach sexuellen Übergriffen bestialisch ermordet hatte. Der dritte Fall wird von den Autoren als Totschlag eingestuft, der sich vermutlich in Abwehr eines homosexuellen Übergriffs ereignet habe. Obwohl die Militäroberstaatsanwaltschaft und das MfS-Untersuchungsorgan zu dem Ergebnis kamen, dass die Tat nicht mit Mordabsicht geschah, sei der NVA-Angehörige auf

Druck „von ganz oben“ wegen Mordes zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt worden. Kroll und Schurich halten das für ein Fehlurteil. Unter Berufung auf E.T.A. Hoffmann deuten sie an, dass in diesem Fall „eine bloße Gesinnungsjustiz“ wirksam geworden sei.

In Anbetracht der Biografie von Frank Rainer Schurich ist das eine erstaunliche Bezugnahme. Der Autor diente seit 1966 hauptamtlich im Ministerium für Staatssicherheit und seit 1971 mit dreijähriger Unterbrechung als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) an der Humboldt-Universität, Sektion Kriminalistik. Die Unterbrechung erfolgte, weil er von 1973 bis 1976 in der SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität tätig war. Zuletzt arbeitete er als OibE-Professor im Rang eines Oberstleutnants in der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität. Laut der letzten MfS-Gehaltsliste mit einem Jahreseinkommen von 34 312,50 Mark. Die Autorenangaben Schurichs enthalten lediglich den Hinweis, er habe „als ordentlicher Professor für Kriminalistik an der Humboldt Universität zu Berlin“ gearbeitet und sei seit 1994 „als freier Autor tätig“.

Remo Kroll hat vermutlich als Kriminalpolizist in Ost-Berlin gearbeitet. Seinen veröffentlichten Biographien ist nur zu entnehmen, dass er als Polizeibeamter im LKA Berlin arbeitet. Seine umfangreiche Darstellung über „Die Kriminalpolizei im Ostteil Berlins (1945 – 1990)“ erschien 2012. Darin wird die Polizeispaltung 1948 aus DDR-Perspektive beschrieben und am Ende beklagt Kroll in Hinblick auf die mit der Wiedervereinigung erfolgte Übernahme von DDR-Kriminalpolizisten in die Berliner Polizei, die „ehemalige Verbindung zum MfS wurde über die Qualifikation bzw. die persönliche Eignung gestellt. Beispielsweise mussten daraufhin hochqualifizierte Diplom-Kriminalisten, welche Kriminalistik an der Humboldt-Universität studiert hatten, ohne differenzierte Prüfung der Tätigkeit ausscheiden.“ Dabei verschweigt Kroll, dass diese ‚hochqualifizierten‘ zum Studium an die

Humboldt-Universität delegierte hauptamtliche MfS-Leute waren. Mit dem zweifelsohne besonders „hochqualifizierten“ ehemaligen MfS-Oberstleutnant Frank Reiner Schurich hat der LKA-Beamte Remo Kroll zahlreiche Bücher zu Mordverbrechen in der DDR veröffentlicht, wie u.a. „Die Tote von Wandlitz und zwei weitere authentische Kriminalfälle aus der DDR“ (2015), „Polizistenmorde. Vier authentische Kriminalfälle aus der DDR“ (2019), „Frauenmorde. Vier authentische Kriminalfälle aus der DDR“ (2020), „Mörderfrauen. Drei authentische Kriminalfälle aus der DDR“ (2021) und „Kindermorde. Fünf authentische Kriminalfälle aus der DDR“ (2022).

Ungewollt geben diese Bücher mit ihren sensationsheischenden Titeln erschreckende Einblicke in die bis 1989 von DDR-Institutionen weitgehend geheim gehaltenen Gewaltverbrechen und ihre sozialen Kontexte im realen Sozialismus. Zartbesaiteten Leserinnen und Lesern sind sie allerdings nicht zu empfehlen. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit seiner Massenproduktion an Kriminalfilmen könnte sich hingegen, wenn ihm die Vorlagen für Mord-und-Totschlag-Sendungen ausgehen, von den ‚authentischen Kriminalfällen‘ Remo Krolls und Frank Reiner Schurichs zu weiteren grausamen Tatort- und Polizeirufstorys inspirieren lassen.

Jochen Stadt

Kathleen Rosenthal: Polit-Kunst?! Die bildende Kunst in der DDR und ihre Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Mauerbau: Studien zur Kunst, Bd. 46, Böhlau Verlag Wien Köln 2022, zugl. Diss. phil. Bonn, 2021

Kathleen Rosenthal untersucht in ihrer Dissertation „Polit-Kunst?!“ das Ansehen der Kunst der DDR in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den frühen Jahren der deutschen Teilung. Es war die Zeit des „Kalten Krieges“, der auch in der Kulturpolitik ausgetragen wurde.

Politiker und Publizisten der DDR schmähten die zeitgenössische Kunst des Westens als kosmopolitisch, „formalistisch“, elitär, ja letztlich als protofaschistisch. In der Bundesrepublik dagegen hielt man den „Sozialistischen Realismus“ der DDR für totalitär und unfrei, rückständig und primitiv. Um das allgemeine öffentliche Urteil des Westens geht es im vorliegenden Buch.

„Polit-Kunst in der sowjetischen Besatzungszone“ ist der Titel einer Broschüre, die damals vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in mehreren Auflagen herausgebracht wurde. Diesen Titel zitiert Kathleen Rosenthal im Titel ihrer Arbeit – allerdings versehen mit einem deutlichen Fragezeichen. Dieses Fragezeichen gibt die Richtung ihrer Arbeit an. Denn: Hat die frühe DDR wirklich lediglich „Polit-Kunst“ hervorgebracht? Nein. Und was wusste man davon in der Bundesrepublik, was wollte man wissen? Nicht allzu sehr viel. Wie wurde das öffentliche Urteil begründet und gebildet? Das ist die Frage.

Im ersten Teil der umfangreichen Arbeit geht es zunächst um die DDR. Die Kulturpolitik der Jahre vom Ende des Krieges bis 1961 wird dargestellt, es folgt ein Überblick über die Kunstgeschichte der DDR dieser Zeit. In diesem Abschnitt kritisiert die Autorin bereits das Verdikt der „Polit-Kunst“ – sie hält es weder für sachlich zu-

treffend und noch für moralisch gerechtfertigt. Sie argumentiert, dass die Kunst durchaus eine gewisse Unabhängigkeit von der Politik gewahrt habe; darüber hinaus erklärt und verteidigt die Autorin auch die „stützenden Argumentationsmuster“ des „Sozialistischen Realismus“, den sie gleichwohl mit der Kunst der DDR nicht identifiziert wissen will.

Sie verwendet in ihrer Arbeit grundsätzlich die Termini „Ostdeutschland“ und „Westdeutschland“ für die DDR respektive für die Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West). Der territoriale, scheinbar apolitische Begriff „ostdeutsch“ umfasst Künstler, die sich zum kulturellen Projekt „DDR“ durchaus unterschiedlich verhielten, von enthusiastischer Bejahung bis hin zur Opposition.

Ausführlich beschrieben wird dann die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Der nicht anerkannte Staat wurde auch damals territorial umschrieben – man schrieb „Mitteldeutschland“ oder kurz „Zone“, der amtssprachliche Terminus war „SBZ“. Umrissen werden der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, Antikommunismus und Antitotalitarismus, die Gründung und Tätigkeit des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, die Wiederbewaffnung, Westintegration und atomare Aufrüstung; dagegen die Perspektive der Opposition, der SPD und der „Gesamtdeutschen Volkspartei“, das „Göttinger Manifest“, schließlich das „Godesberger Programm“. Auch die Deutschlandpolitik der DDR wird knapp dargestellt – die beginnende „Westarbeit“, die gesamtdeutschen Werbungsversuche Johannes R. Bechers, schließlich, ab 1958, die Abschottung der DDR im Sinne einer „Sozialistischen deutschen Nationalkultur“.

Im Mittelpunkt der Forschungsarbeit Kathleen Rosenthals stehen die Äußerungen über Kunst und Künstler aus der DDR in verschiedenen Publikationen der Bundesrepublik. Sie untersucht politische Broschüren, aber auch Artikel der Tages-

presse und der bekanntesten Kunstzeitschriften, Ausstellungskataloge und nicht zuletzt Äußerungen der damals einflussreichsten Kunstkritiker Will Grohmann, Franz Roh und Werner Haftmann.

Es zeigt sich, und man hat es schon geahnt, dass Kunst und Künstler aus der DDR in der frühen Bundesrepublik insgesamt kaum wahrgenommen wurden.

Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bekämpfte die politische Ideologie der DDR. Auch in der Presse wurde mehr über die Kulturpolitik des anderen deutschen Staates als über die Kunst selbst geschrieben. Man berichtete aber über die großen Deutschen Kunstausstellungen in Dresden, und man beachtete Werke einzelner Künstler wie Josef Hegenbarth und Hans-Theo Richter, die man mit dem „Sozialistischen Realismus“ nicht identifizierte. Gegen Ende der 1950er Jahre nahm das Interesse an der Kunst im anderen deutschen Staat zu. Publizisten wie der 1957 aus Dresden übergesiedelte Dieter Hoffmann trugen dazu bei.

Im Kunstbetrieb sah es nicht viel anders aus. Das galt für die erste documenta in Kassel, die bewusst im „Zonenrandgebiet“ eingerichtet wurde. Nur einzelne Werke von Künstlern aus der DDR waren dabei. Der Deutsche Künstlerbund und die großen Münchener Kunstausstellungen bezogen in ihre Ausstellungen Werke aus der DDR mit ein – üblich war es dann allerdings, in den begleitenden Texten die Herkunft der Künstler schlicht etwa mit „Dresden“ oder „Halle“ zu bezeichnen, ohne einen weiteren Hinweis auf den nicht anerkannten Staat. Solche Beteiligungen kamen meist auf informellem Wege zustande; das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen übernahm aber entstehende Kosten.

In Ausstellungen und Publikationen, die explizit „deutsche Kunst“ vorstellten, wurden Arbeiten aus der DDR dagegen mitunter einfach ausgeblendet. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts kam es dann gelegentlich auch zu deutsch-deutschen

Ausstellungen auf der Ebene offizieller Kontakte. Es war dann aber die DDR, die im Interesse ihrer staatlichen Selbstdarstellung als Trägerin einer „Sozialistischen deutschen Nationalkultur“ derartige Unternehmungen ab etwa 1958 immer mehr kontrollierte, erschwerte und oft auch verhinderte.

Es gab in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin von Anfang an aber auch Milieus der politischen Linken, die sich für die Kunst aus dem anderen deutschen Staat interessierten – und zwar nicht obwohl, sondern gerade weil sie aus der DDR kam. Rosenthal untersucht den Demokratischen Kulturbund Deutschlands (DKBD), den Deutschen Kulturtag, die Künstlergruppe „tendenz“ mit ihrer 1959 von Carlo Schellemann gegründeten Zeitschrift „tendenzen“ sowie die Zeitschrift „Von Atelier zu Atelier“. Wie sich in der Durchsicht zeigt, gab es auch in diesen von der „Westarbeit“ des ZK der SED mit finanzierten Organisationen und Publikationen Vorbehalte. Selbst Richard Hiepe, der Ende der 1950er Jahre zu einer Leitfigur der Linken wurde, setzte sich für eine Liberalisierung der allgemein als allzu streng dogmatisch beurteilten Kulturpolitik ein.

Die Künstler in der Bundesrepublik schließlich zeigten sich, trotz mancher stilistischer Übereinstimmungen im Sinne eines verbreiteten „expressiven Realismus“, nicht allzu sehr interessiert am Schaffen der Künstler des anderen deutschen Staates, und das ganz unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Orientierung.

Es ist eine also eine umfassende Recherche, die Kathleen Rosenthal bietet. Bedenkenswert sind ihre wiederkehrenden Hinweise auf kulturelle Traditionen, die es bereits lange vor 1945, auch vor 1933 gab: die engen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Künstlern, besonders im Rheinland, im Südwesten Deutschlands, auch in München; die unterschiedene Trennung von Kunst und Poli-

tik im Bürgertum, und andererseits Forderungen zur Schaffung einer allgemeinen, nicht elitären Kunst und Kultur, die lange vor Gründung der DDR erhoben wurden. *Vita brevis, ars longa* („Das Leben ist kurz, die Kunst ist lang“). Auch nach dem Krieg wurde die Kunst nicht ganz neu erfunden, beim besten Willen nicht.

Kathleen Rosenthals „Polit-Kunst?!“ ist ein Beispiel sehr engagierter Geschichtsschreibung. Für das insgesamt schwache Interesse der frühen Bundesrepublik für Kunst aus der DDR findet sie bittere Worte: Sie tadelt die „politisch verweigerter“ Anerkennung der DDR und, infolgedessen, die „konsequente Ignoranz“ des Westens.

In den Broschüren des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen sieht sie die Herabwürdigung der DDR. Vehement bestreitet sie die Theorie des Antitotalitarismus, die in der Kunstkritik Ähnlichkeiten von nationalsozialistischer und sozialistischer politischer Darstellung annahm: Das könne man nur formal, aber nicht inhaltlich sagen.

Differenzierungen der Kunst in der DDR habe man kaum zur Kenntnis genommen, man habe ihr auch zu Unrecht eine sowjetische Prägung unterstellt, die es de facto so nicht gegeben habe, zudem habe man die Kunst der Sowjetunion selbst abwertend betrachtet.

Man habe die Freiheit verabsolutiert, hochstilisiert, als Kampfbegriff gegen das „ostdeutsche System“ verwendet, und dies nicht nur in der Politik, sondern auch in der Kunstkritik. Die Unterdrückung der Künstler in der DDR habe man stets betont, doch dabei die interne Diskussion dort kaum wahrgenommen, und andererseits habe man unterschlagen, dass viele sozialistische Künstler sich nicht eingeschränkt fühlten, sondern ihre sozial privilegierte Position genossen.

Die Autorin verschweigt nicht, dass die DDR ihrerseits mit Polemik gegen „den Westen“ und seine Kunst und Künstler

nicht sparte. Aber sie stellt doch relativierend fest: die Bundesrepublik ihrerseits habe, mit Unterstützung der CIA, auch politischen Einfluss auf Kunst und Künstler ausgeübt.

Kathleen Rosenthal hat ihre Arbeit ursprünglich auf die gesamte Zeit der deutschen Teilung beziehen wollen, beschränkte sich dann aber – der schier Fülle an zu bewältigender Information geschuldet – auf die Zeit bis 1961.

Nun veränderte sich die Kulturpolitik beider deutscher Staaten bekanntlich nach dem Mauerbau und noch einmal nach der internationalen diplomatischen Anerkennung der DDR, die sich auch kulturell in der Beteiligung einer Delegation von Künstlern der DDR an der documenta des Jahres 1977 vollzog. Das Interesse an der Kunst der DDR wuchs in der Bundesrepublik, und brachte dort, immer unter Kontrolle und mit Unterstützung staatlicher Stellen der DDR, zahlreiche Ausstellungen und Publikationen hervor – was übrigens vice versa, auf der anderen Seite der Mauer, so nicht gewesen ist. Auch die Kunst selbst veränderte sich, und mit ihr die Kunstkritik.

Rosenthal bezieht Hinweise auf Entwicklungen der folgenden Jahrzehnte in ihre Darstellung ein wenig mit ein, etwa wenn sie auf die Karrieren von Gerhard Altenbourg und Carlfriedrich Claus eingeht. In ihrer Schlussbetrachtung gibt sie einen detaillierteren Überblick über die Darstellung der Kunst der DDR in der der Bundesrepublik von Mitte der 1970er Jahre bis 1989 und die Auseinandersetzungen um dieses Erbe seit 1990 bis zum „Dresdner Bilderstreit“ des Jahres 2017.

Die Kunst der DDR war und bleibt ein Politikum. Die deutsche Teilung war auch eine ideologische und kulturelle Teilung. Sie wirkt bis heute nach, und das ist der Ausgangspunkt und zugleich auch die Schlussfolgerung der materialreichen und klar dargestellten Forschung von Kathleen Rosenthal.

Und wer möchte das bestreiten?

Es ist wichtig, die Bruchkanten der Teilung zu betrachten. Kunstkritiker und Publizisten der 1950er Jahre betonten die Unvereinbarkeit der beiden deutschen Staaten gerade in der Kunst, sie begründeten und vertraten ihre Positionen.

Kathleen Rosenthal bestreitet nun die Deutungsmacht damaliger wie auch heutiger Publizisten, sofern sie die Kunst der DDR – respektive aus der damals so genannten „SBZ“ respektive dem heutigen „Ostdeutschland“ – nicht schätzen. Darin liegt ihr Vorwurf der Kränkung der Bürger der einstigen DDR, der Missachtung ihrer Geschichte, ihrer Lebensleistung. Das sei ein Defizit, das, so die Autorin beiläufig am Ende ihrer Arbeit, auch den Rechtsradikalismus begünstige.

Es ist allerdings doch problematisch, aus den Ergebnissen einer Forschung, die sich, dem gesteckten Rahmen entsprechend, doch weit überwiegend einseitig auf die frühe Bundesrepublik Deutschland konzentriert, Folgerungen zum Verständnis politischer Verhältnisse der Gegenwart ziehen zu wollen. Beide deutsche Staaten bezogen sich aufeinander. Die Distanz der frühen Bundesrepublik zur Kunst aus dem anderen deutschen Staat wirkt nach ... das fundamental anti-westliche Ressentiment der DDR wirkt leider ebenfalls nach. Die Geschichte ist kompliziert.

Felice Fey

Albert Vinzens, Renate Riemeck. Historikerin, Pädagogin, Pazifistin (1920-2003). Wallstein Verlag Göttingen 2023, 408 Seiten, geb. Euro 28,-

Sie war – so der Untertitel ihrer Biografie – „Historikerin, Pädagogin, Pazifistin“. Als solche mag Riemecks Name noch Fachkollegen und Leserinnen ihrer gut 70 Schriften geläufig sein. Im öffentlichen Gedächtnis ist sie allenfalls wegen ihrer kurzen Rolle als glücklose Politikerin an der Spitze der „Deutschen Friedensunion“ und als Ziehmutter von Ulrike Meinhof geblieben. Erneut umstritten war sie seit dem Nachweis in Jutta Ditfurths Meinhof-Biografie (2007), daß sie nach 1945 ihre zweijährige NSDAP-Zugehörigkeit (Mitglied Nr. 8.915.15) verschwiegen hatte und bis zu ihrem Tod bestritt.

Dem politischen, nur wenige Jahre umfassenden Hauptkapitel ihres öffentlichen Lebens gewinnt ihr Biograf Albert Vinzens nur gut 60 von 367 Seiten ab, davon nur ein Kapitel über ihre Zeit an der Spitze der DFU, die im Focus dieser Rezension stehen soll. Ihre – mit nicht wenigen Zeitgenossen wie Walter Jens oder Günter Grass geteilte, zwar verschwiegene, aber überwundene – NS-Episode behandelt Vinzens mit Recht und Verständnis als solche; ihre ambivalente, nach deren Tod sentimental verklärte Beziehung zu Ulrike Meinhof mit angemessener Distanz. Ihrer Persönlichkeit wird er damit in eingehender Darstellung menschlich und psychologisch gerecht. Ihre objektive und subjektive Rolle als Politikerin an der Spitze der DFU bleibt dagegen seltsam unterbelichtet.

Welche Funktion die DFU für die Deutschlandpolitik der DDR oder gar als „reine SED-Gründung“ (Bettina Röhl) hatte, welche Kenntnis davon und welche Einsicht in die eigene Rolle Renate Riemeck besaß, wird von Vinzens weder ausgeführt noch hinterfragt. Für ihn war die DFU wie ihre Vorläufer, Mitstreiter und organisatorischen Zuarbeiter (etwa im *Fränkischen Kreis* oder dem *Schwelmer Kreis*) „nach heutigem Verständnis

schlicht Friedensinitiativen [...] aus der Mitte des Bürgertums“ (Vinzens, S.188). Daß – nicht erst „nach heutigem Stand“ – die Hälfte der DFU-Mitglieder frühere Mitglieder der 1956 verbotenen KPD waren, daß deren Vorsitzender Max Reimann im ostberliner Exil zur Wahl der DFU aufrief und daß Zentralkomitee und Verkehrsabteilung der SED über die Finanzierung der DFU befanden, ist nach 1990 längst aktenkundig geworden. Die Mitte des Bürgertums, geschweige denn der Wählerschaft, hat die DFU mit 2,2 Prozent an der Wahlurne nie erreicht.

Von der Finanzierung durch die SED will Vinzens nur in einer Fußnote und aus dem Parteiarchiv der SPD wissen, daß die DFU aus der DDR jährlich 5 Millionen erhielt. Daß ihre Bündnisorganisationen von der SED unterwandert und finanziert wurden, war indessen schon vor der DFU-Gründung durch Überläufer wie den früheren Kulturbund-Sekretär Werner Sticken bekannt, der 1959 in seinem Buch „Die Trojanische Herde“ unter dem Pseudonym Karl Richter das westdeutsche Netzwerk und die Methoden der Einflußnahme durch die SED offenbart hatte. Als Mittelsmänner dienten dabei zumeist die von KPD und SED platzierten Sekretäre und Geschäftsführer der Organisationen, hinter der Fassade und oft ohne Wissen „bürgerlicher“ Vorstände oder gar der Mitglieder.

Im Fall der DFU hat sich Riemecks Quasi-Schwiegersohn Klaus Rainer Röhl, der Ehemann ihrer Ziehtochter Ulrike Meinhof, in seiner Autobiografie „Fünf Finger sind keine Faust“ schon 1974 zu ihren Lebzeiten und nicht erst „nach heutigem Stand“ als mitverschorener Wahlkampfleiter der DFU und geheimes Mitglied der illegalen KPD bekannt. Dominik Rigoll (*Staatsschutz in Westdeutschland*, Göttingen 2013, S. 156) will wissen, es seien Reinhard Opitz und Röhl gewesen, „die ostdeutsches Geld in die Partei brachten“. Röhl selbst nennt als Finanzverwalter der DFU das Präsidiumsmitglied Karl von Westphalen, der so wenig von Finanzen

verstanden habe, die er doch angeblich zu verwalten hatte, daß er Röhl auf dessen Anforderung von 8.000 Mark für Wahlwerbung versehentlich 80.000 Mark überwies.

Von alledem soll Renate Riemeck nichts gewußt haben und als „Märtyrerin“ im Kalten Krieg und erstes Berufsverbotsopfer zur verfolgten Unschuld geworden sein? Dann wäre sie, wie Ulrike Meinhof später haßerfüllt über sie schrieb, „intellektuell Scheiße“ gewesen. Das wollen weder wir noch ihr Biograf bestätigen. Aber an ihm wäre es gewesen, die volle Wahrheit über die Politikerin und ihre Partei zu ergründen und auszusprechen. Die Frau, die als Autorin Lenin aus christlicher Sicht würdigte, Stalins Gulag und Kulakenmorde leugnete und 1968 den „Prager Frühling“ und was manche darunter verstanden“ in Anführungszeichen setzte, die die deutsche Wiedervereinigung für „erkauft“ und die DDR für vom Westen „kaputtgewirtschaftet“ hielt – sie war wohl doch mehr und anderes als intellektuell minderbemittelt. Auch einige ihrer Bücher – „Zeitenwende. Europa und die Welt seit 1945“ (4 Bände, 1959 f.) oder „Mitteleuropa. Bilanz eines Jahrhunderts“ (1965) zeugen davon, nicht nur mit ihren seltsam aktuellen Titeln.

Hannes Schwenger

Peter Wensierski, Jena-Paradies. Die letzte Reise des Matthias Domaschk, Ch. Links Verlag Berlin 2023, 368 Seiten, geb. Euro 25,--

„Für Euch schreibe ich. Für Dich, Matthias Domaschk, für dich politischen Häftling. Und für deine Tochter Julia. Und für Renate“ (deren Mutter). So hat Jürgen Fuchs (1950-1999) die siebzig Seiten in seinem Buch „Magdalena“ (1998) über den Tod von Matthias Domaschk im Stasi-Gefängnis Gera 1981 dem Toten und seinen Liebsten gewidmet. Obwohl es den Untertitel „Roman“ führt, beginnt das

Buch mit der Ankündigung „Dies ist ein Bericht.“ Also doch eigentlich ein Stück operativer Literatur, eine mit Dokumenten durchsetzte literarische Reportage, die allerdings Mielkes Begriff von Operativität vom Kopf auf die Füße stellte. Warum dann Roman genannt? Aus Verkaufsgründen, weil der Verlag einen Roman verlangte? Das passte nicht zu Jürgen Fuchs, der keine einzige Zeile schrieb, um zu verkaufen.

Der banale Grund mag gewesen sein, dass fiktionale Literatur nicht den Dienst- und Genehmigungspflichten der - damals noch - Gauck-Behörde unterlag, als deren Mitarbeiter er Aktenzugang für seine Recherchen hatte. Tatsächlich konnte er mit diesem Kunstgriff - dieser Fiktion einer Fiktion - Namen, Vorgänge und Unterlagen aus der Behörde preisgeben, die folgenreiche Vermutungen über den Tod Matthias Domaschks nach einer erpressten Verpflichtung als IM begründeten. Die wichtigste davon war der Verdacht auf ein Fremdverschulden am Tod des an einem Heizungsrohr erhängten Häftlings.

Fünfundzwanzig Jahre später schreibt Peter Wensierski, von 1979 bis zu seiner Einreisesperre Reisekorrespondent in der DDR und seit 1993 beim „Spiegel“,

erneut einen Bericht über Leben und Tod von Matthias Domaschk, der „wie ein Roman erzählt ist“ (Matthias Schmidt im Mitteldeutschen Rundfunk). Wensierski selbst verzichtet allerdings auf dieses fiktionale Etikett und präsentiert seine Antworten auf die Fragen und Vermutungen bei Jürgen Fuchs als nüchternen Tatsachenbericht. Er beruft sich dafür auf mehrjährige Recherchen – „etwa 60.000 Seiten teils erstmals aufgefundene MfS- und andere Akten“ - und seine Gespräche mit fast 200 Beteiligten, 160 Freunden und Verwandten Domaschks als Zeitzeugen und 30 ehemaligen Stasileuten. Wie er dann doch etwas romanhaft formuliert, seien „darunter diejenigen, die mit Matthias Domaschk auf seiner letzten Reise zu tun hatten.“

Das ist ein etwas makabres Wortspiel mit dem Namen des Jenaer Bahnhofs *Paradies*, während doch die letzte Reise Matthias Domaschks nach Gera führte, in die Hölle des Stasi-Untersuchungsgefängnisses, in dem er zu Tode kam. Dass dort von der „Unheimlichen Leichtigkeit der Revolution“, wie Wensierski ein früheres Buch über Jugend und Opposition in der DDR mit einer literarischen Anspielung (auf Milan Kundera) betitelte, keine Rede sein konnte, versteht sich von selbst. In Jena und Gera endete die Revolte anders als in Leipzig 1989 mit Gefängnis, Ausbürgerung und – im Fall von Matthias Domaschk – mit dem Tod.

Es ist beeindruckend, wieviel Wensierski von seinen Aktenfunden und Gesprächen in seinem Report verarbeitet (und nur sparsam narrativ umrahmt) hat. Zwar klingt sein Prolog („*Herbst 1976. Matz sitzt an der Felskante des alten Steinbruchs. Sein Blick geht weit über die Stadt*“) wie der eines auktorialen Erzählers, aber im Folgenden kommen fast ausschließlich Dokumente, Aufzeichnungen und handelnde Personen mit Originalzitate zu Wort. Wensierski markiert sie sogar durch Kursivdruck, um die Authentizität seiner (Nach-) Erzählung zu belegen. Das ist beklemmend (und etwas schief), wenn die Täter - Ermittler und Vernehmer der Staatssicherheit – über weite Strecken der Erzählung in ihrem Dienstjargon zu Wort kommen., der in ganz anderer Weise für sich spricht wie die Berichte ihrer überlebenden Opfer. Denn nie werden wir erfahren, wie Matthias Domaschk die Stunden bis zu seinem Zusammenbruch unter den Verhören und seiner letzten Konsequenz erlebt hat, während seine Verfolger und Vernehmer, nachdem ihre Taten verjährt sind, sich mit oder ohne Schuldeingeständnis endlich zur Sache vernehmen lassen. Da erscheint plötzlich die Frageform, in der Jürgen Fuchs die Darstellungen der Todesumstände von Matthias Domaschk behandelt, passender als Wensierskis - scheinbar abschließender – Tatsachenbericht.

Immerhin wirft auch er bezeichnende Schlaglichter auf Werdegang und Persönlichkeit der Stasileute, die bestätigen, was wir aus Studien über die hauptamtlichen Mitarbeiter Mielkes wissen (vgl. *Krähnke/Finster/Reimann/Zschirpe, Im Dienste der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes, Campus Verlag Frankfurt/New York 2017*). Wensierskis Chronik der Jenaer Tragödie beantwortet auch nicht alle Fragen von Jürgen Fuchs, etwa nach ungeklärten Widersprüchen in der Darstellung der Gutachter von Stasi und Staatsanwaltschaft oder dem Verbleib von Beweisstücken wie dem Hemd, mit dem sich Matthias Domaschk erhängte. Möglicherweise hat Wensierski all das in seinen Recherchen geklärt, deren Details die Schlüssigkeit seines Tatsachenberichts aber nur zerfasert (allerdings auch bekräftigt) hätten. Fußnoten passen vielleicht nicht zu diesem Genre, aber man hätte doch gern mehr darüber im Nachwort des Autors erfahren. Das gleiche gilt für seine gesammelten Gespräche, deren Protokolle für die Forschung zumindest zugänglich sein sollten, wie und wo auch immer.

Transparent und umfassend ist Wensierskis Auswertung der Zeitzeugengespräche mit dem Jenaer und Berliner Umkreis Matthias Domaschks (darunter dem Rezensenten in West-Berlin), in denen Vorgeschichte, Aktivitäten und Vernetzung der Jugendopposition in der DDR bis nach Polen und Prag rekonstruiert werden. Dabei bestätigt sich überraschend auch Matthias Domaschks und einiger seiner Freunde Bezugnahme auf die radikale Linke in der Bundesrepublik und Westeuropa. Auch auf deren Irrwege, wenn Gerold Hildebrandt Matthias Domaschk auf dem Friedhof - wie Rudi Dutschke Holger Meins - nachrief: „Matz, lotta continua!“

Das passt zum Terrorismusverdacht der Stasi – im Geheimen selbst Patin der „Roten Armee Fraktion“!- gegen Matthias Domaschk, über den Jürgen Fuchs in „Magdalena“ ein Stasi-Protokoll mit der

Aussage eines IM „Klaus Steiner“ zitiert. Laut „Steiner“ , der als Sechzehnjähriger in Stasi-Haft zur Mitarbeit gepresst und später selbst als „staatfeindlicher Hetzer“ erneut inhaftiert wurde, habe Matthias Domaschk den Terror der italienischen Roten Brigaden als „einzigste Lösung“ bezeichnet und geäußert: „Wenn ich die Möglichkeit hätte, eine solche Gruppe aufzumachen, würde ich es tun.“ Auch Matthias selbst hat sich laut Wensierski in Verhörprotokollen zumindest als Mitwisser von Sympathisanten der RAF und Roten Brigaden und deren „wilde Aktionen in Halle zu erkennen gegeben“.

Thomas R. – so Steiners Klarname heute der im Nachhinein Matthias Domaschk gar nicht gekannt haben will, hat diese Äußerung später bestritten, die wiederum sein Führungsoffizier von ihm gehört und korrekt protokolliert haben will. Beide, so schrieb Jürgen Fuchs, seien zu einer Gegenüberstellung bereit. Ob sie stattfand, ist weder bei Fuchs noch bei Wensierski ersichtlich - bei ihm dafür ausführlich, wie präsent im übrigen Jugendprotest und Radikalismus der West-Linken für die Jugendopposition der DDR waren. Bei Matthias Domaschk hätten nach Wensierskis Bericht diverse Zeitungen von K-Gruppen im Westen ausgelegt wie *Arbeiterkampf*, *Rote Presse Korrespondenz* und *Kommunistische Volkszeitung*. Auch der *Rote Morgen/Ausgabe DDR* der KPD/ML einer „geheimnisvollen Sektion DDR westdeutscher Maoisten“ in Magdeburg mit dem Plan, „eine weitere konspirativ arbeitende Zelle in Jena aufzubauen. Das stößt auf Interesse.“

Doch – so Wensierski – nicht bei Matthias Domaschk und seinen Jenaer Freunden, die sich über den Rigorismus der Maoisten mokierten, lange Haare seien „Ausdruck eines falschen kleinbürgerlichen Bewusstseins. Sie sollen die Jugend in die Sackgasse des individuellen Protests treiben.“ Matthias ließ sich die Haare wachsen, las Kerouacs „On the Road“ und hörte am liebsten Rio Reiser und die West-Berliner Anarcho-Band *Ton Steine Scherben*. Bei

Wolf Biermann – in dessen Brief an Oma Meume über das Abhauen aus der DDR – las er, dass es außer der Ausreise noch andere Arten des Abhauens gebe, „nämlich das Abhauen nach innen, die Republikflucht in der Republik, die Flucht in die private Idylle, oder in die offizielle Karriere.“ Das kannte Matz laut Wensierski, von seinen eigenen Eltern. Doch Wolf Biermann fügte noch hinzu: „Und die dritte Art des Abhauens? *Die Flucht in den Tod.*“ Gemeint war der Tod von Oskar Brüsewitz (1929-1976). Auch das wusste Matthias. Vielleicht zu gut.

Hannes Schwenger

Peter-Michael Diestel: In der DDR war ich glücklich. Trotzdem kämpfe ich für die Einheit. Rückblicke. Berlin: Das Neue Berlin. 2019 (4.), 304 Seiten, 22 Euro.

Peter-Michael Diestel: Ruhe gebe ich nicht: Gespräche über die unvollendete deutsche Einheit. Berlin: Das Neue Berlin. 2022, 288 Seiten, 20 Euro.

Als Peter Michael Diestels letztes Buch im Frühjahr 2022 erschien, konnte er nicht ahnen, dass ein Jahr später zwei Bücher erscheinen würden, die wesentliche Gramina Diestels aufnehmen – und die es sogar in Bestsellerlisten schafften (Dirk Oschmann und Katja Hoyer). Und dass sich daraufhin der Deutschlandfunk im Mai 2023 veranlasst sah, eine Diskussionsrunde „Neue Ost-West-Debatte: Woher muss Deutschland reden?“ zu organisieren. Mit ziemlicher Sicherheit ist davon auszugehen, dass Diestel diese „neue Welle“ als Folge seiner Publikationen darstellen möchte.

Die Besprechung der Bücher Diestels konzentriert sich auf Themen, die aus Sicht des Rezensenten festzuhalten sind, um wünschenswerte und notwendige Verifizierungen durch beteiligte Zeitgenossen und Experten anzuregen. Das zweite

Buch besteht im Wesentlichen aus Dialogen zwischen Diestel und dem Journalisten Michael Hametner. Ein Motiv für Diestels Schreiben dürfte seine Sorge sein, dass über ihn – wie auch über den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl (so Diestels Einschätzung) – kaum noch gesprochen wird. Diestel greift einige durchaus interessante Themen auf, ohne dem Leser „letzte Wahrheiten“ – über die er, Diestel, verfügt – zu vermitteln. Diestel schreibt als Egomane, Sachliteratur berücksichtigt er nicht. Es lohnt nicht, auf die Vielzahl biografischer Elogen und polemischer Ausfälle einzugehen. Festzuhalten sind zwei Behauptungen zu seiner anwaltlichen Tätigkeit: Er habe, obwohl Gegner der Ausreisebewegung, vielen Ausreise-Antragstellern juristischen Beistand gewährt. Später sei er nicht bereit gewesen, sich für „MfS-Verbrechen“, deren Vorkommen er an anderer Stelle leugnet, als Anwalt zu engagieren. Ein weiteres Beispiel für Widersprüchlichkeit in Diestels Darstellung: Obwohl er sich selbst als Profiteur des kapitalistischen Systems sieht, fragt er, ob es immer bei diesem System bleiben müsse. An anderer Stelle gibt er sich überzeugt, dass es infolge der „mutigen Tat der Ostdeutschen [...] in Deutschland nie wieder Kommunismus“ geben werde.

Als relevante Themenkreise sollen im Folgenden die Vorgeschichte, genauer die Vorbereitung des Systemwechsels, die Inszenierung bzw. Instrumentalisierung der Maueröffnung am 9. November 1989 sowie der Umgang mit den MfS-Unterlagen und MfS-Kadern behandelt werden. Abschließend soll kurz auf Diestels Thesen zur „unvollendeten Einheit“ eingegangen werden.

Aus Diestels Sicht kann von einer politisch relevanten Organisation systemkritischer Gruppierungen erst ab Frühherbst 1989 gesprochen werden. Der schon vorher in Leipzig bestehende „Gesprächskreis“ um Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling (Thomaskirche), zu dem Diestel Zugang

gefunden hatte, gehörte nicht in diese Kategorie. Die Rolle der Bürgerrechtler in der Umbruchphase würde übermäßig betont, es habe sich nur um eine geringe Anzahl gehandelt. Dass es MfS-nahe Steuerungsversuche gegeben hat, deutet Diestel an, wobei er sich auf die bekannten Fälle Ibrahim Böhme und Wolfgang Schnur beschränkt. Willy Brandt habe sich stark für Böhme eingesetzt. Schnur, später Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“, sei häufig Gast in Merkels Elternhaus gewesen und habe Angela Merkel aktiviert. Knapp wird in diesem Kontext der kurzzeitige (bis August 1990) erste Generalsekretär der Ost-CDU Martin Kirchner erwähnt. Für Diestel steht fest, dass „die alte Regierung und die Stasi“ bis März 1990 – auch am Zentralen Runden Tisch – „mitregiert“ haben.

Diestels Darstellung der „friedlichen Revolution“ und der Maueröffnung zeichnet sich durch eine Fülle widersprüchlicher Bewertungen aus. Er selbst sei am 9. November 1989 sehr skeptisch gewesen, da er vermutete, es könne sich bei der Maueröffnung „wieder um eine geheimdienstlich organisierte Geschichte“ – in der Regie von M. G. Wolf und Schabowski – handeln. Dann ist zu lesen, „die gesamte Bevölkerung der DDR“ habe die Mauer zum Einsturz gebracht, wobei er eine Reihe bekannter Oppositioneller ausnimmt. An anderer Stelle bezeichnet er in einem Satz Michail Gorbatschow als Urheber der Maueröffnung. Schließlich bescheinigt er namentlich genannten höheren MfS-Generälen, für den friedlichen Verlauf der Ereignisse gesorgt zu haben. Ohne Mitwirken von MfS-Offizieren, Polizei- und Zollgenerälen wäre die deutsche Einheit nicht zustande gekommen.

Bei der Auffindung und Verhaftung der in der DDR lebenden RAF-Terroristen sei das Mitwirken dieser Kräfte ein wesentlicher Faktor gewesen. Und – last but not least – gibt es Lob für Egon Krenz: Nach Aussage von W. Kotschemassow, dem früheren sowjetischen Botschafter in der

DDR, habe Krenz im Herbst 1989 das Angebot sowjetischer Generäle abgelehnt, mit Militäreinsatz die Grenze aufrecht zu erhalten. Von westlicher Seite sei der Slogan der „friedlichen Revolution“ in der Folgezeit nach Kräften gefördert, um den Menschen in den neuen Bundesländern zu schmeicheln und die Bürgerrechtler aufzuwerten. Für Diestel steht außer Frage, dass „der Westen“ auf das Kommen der Vereinigung „völlig unvorbereitet“ gewesen sei, noch 1989 habe sich das dort niemand vorstellen können; als Beleg führt Diestel ein Mitte November 1989 geführtes Telefonat mit Kohls Amtschef E. Ackermann auf. In ihrem Gespräch qualifizieren Diestel und Hametner die Bedeutung der deutschen Einheit unterschiedlich; für letzteren ist sie „ein Geschenk der Geschichte“, für Diestel „ein Geschenk der Ostdeutschen an alle Deutsche“.

Diestel, für den Franz Josef Strauß immer ein Vorbild war, ist – zusammen mit H.-W. Ebeling – im Dezember 1989 nach München gefahren, um die Unterstützung der CSU für eine zu gründende „Deutsche Soziale Union“ (DSU) zu gewinnen; die dort hergestellte Verbindung zu Wilfried Scharnagel hat Diestel auch in der Folgezeit genutzt – nebulös weist er auf Gespräche in der sowjetischen Botschaft hin. Von der CSU erhaltene DM-Beträge hat Diestel in Ost-Berlin zum Kurs 1:10 umgetauscht. Seine politische Orientierung und „Unbelastetheit“ haben Diestel offenbar dafür prädestiniert, als Innenminister der Regierung von Lothar de Maizière mit der Abwicklung des MfS und der Behandlung der MfS-Akten beauftragt zu werden.

Nach Diestels Darstellung hatte die Bundesregierung schon bald einen genauen Überblick über die Verstrickung aller ostdeutscher Politiker mit dem MfS-Komplex – dagegen habe er, Diestel, eine „weiße Weste“ gehabt. Aus seiner Stasi-Akte habe er erfahren, dass das MfS ihn als „Rädelsführer mit anarchistischen Neigungen“ eingeschätzt habe, erwähnt er in einem Anfang 2020 geführten Interview. Außerdem lag Material über westdeutsche

Politiker vor (so ein IM „Kardinal“ und ein IM „Tulpe“). Diestel hat entsprechendes Material dem BND übergeben, der es im Panzerschrank verschwinden ließ. Ministerpräsident de Maizière und M. Kirchner seien davon ausgegangen, dass er, Diestel, mit der Übernahme der Zuständigkeit für das MfS-Erbe zwangsläufig scheitern werde. In einem nach Erscheinen des ersten Buches geführten Interview behauptete er, bei "IM Kardinal" handle es sich um einen erpressbaren ehemaligen Bundespräsidenten (!) - im zweiten Buch fehlt eine solche Konkretisierung. J. Gauck, seit Ende Juni 1990 Vorsitzender des Volkskammer-Ausschusses für die MfS-Akten, habe sich im Oktober „illegal“ seine Akte beschafft und unkontrolliert über sie verfügt – daraus resultieren nach Diestels Darstellung Verdächtigungen gegen Gauck.

Eine Voraussetzung für das Bekanntwerden von MfS-Unterlagen sei gewesen, dass der Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe Werner Irmeler und Wolfgang Schwanitz, ab November 1989 Leiter des Amts für Nationale Sicherheit (ANS), bei der Vernichtung von Unterlagen nicht sorgfältig genug vorgegangen seien. Von Diestel namentlich genannte „Überläufer“ (S. Berger und E. Hasse) sowie der „Kurier“ H. Ewert hätten Material dem BfV bzw. der NRW-Landesregierung übergeben. Dateien seien auch nach Moskau und in die USA gelangt – dort sei das Material ausgewertet bzw. „gesäubert“ worden.

Obwohl Diestel ab 10. Mai 1990 nicht mehr für die MfS-Akten zuständig war, hat er wenig später, als er von der bevorstehenden Verhaftung des Mitglieds des Berliner Bürgerkomitees Thomas Heise wegen Weitergabe von Stasi-Unterlagen an den „Spiegel“ erfuhr, durch Intervention bei DDR-Generalstaatsanwalt Hans-Jürgen Joseph erreicht, dass Heise nicht verhaftet worden ist. Diestel unterstreicht, er habe auch Bundesbürger, die mit dem MfS zusammengearbeitet hatten, „nicht

an unsere verpfiffen“. Festzuhalten ist eine Episode während des Volkskammer-Misstrauensvotums (13.09.1990) gegen Diestel wegen des Umgangs mit MfS-Personal, insbesondere den „Offizieren im besonderen Einsatz“. Von insgesamt 500 Personen dieser Kategorie war jeder zehnte in Diestels Innenministerium beschäftigt. Diestel behauptet, ihm sei während der Parlamentsdebatte ein Zettel überreicht worden, dessen Verfasser ihm ihre unbedingte Loyalität versichert hätten – sie wollten mit ihrem "Putschangebot" Diestel um jeden Preis im Amt halten. Diestel unterstreicht, er verfüge noch immer über diesen Zettel (!).

Diestels Konzeption der Personalübernahme sah zunächst vor, möglichst alle 2,3 Millionen Mitglieder der SED, zu denen nach seiner Einschätzung der größte Teil der DDR-Elite gehört habe, für die CDU zu gewinnen – dieser Vorschlag sei von der CDU-Führung, insbesondere Generalsekretär P. Hintze, abgelehnt worden. Diestel ist – trotz westdeutscher Aufforderungen zu einer konsequenten Entlassungsaktion - mit früheren MfS-Generälen sehr schonend umgegangen, es seien „gute deutsche Offiziere“ gewesen und er sei stolz darauf, keinen verraten zu haben; eine Gleichsetzung mit der Übernahme von NS-Führungskräften durch die Regierung Adenauer kommt für Diestel nicht in Frage.

In seinem im Sommer 2019 verfassten „Brief an den Vater“ führt Diestel aus, er habe dem Vater versprochen, Angehörige der bewaffneten Organe „respektvoll und anständig“ zu behandeln. Diestel war auch darüber informiert, dass der MfS-Oberst B. Fischer die Flucht bzw. Unterbringung hochrangiger HVA-Mitarbeiter nach bzw. in Moskau organisiert hat – nun, nach dem Tod Fischers (April 2018; Diestel hat seine Trauerrede im Buch festgehalten) könne er darüber schreiben. Er habe, „einen hohen Millionenbetrag“ zur Unterstützung der dort lebenden MfS-Angehörigen (auch für Hansjoachim Tiedge) nach Moskau überwiesen. Zwei MfS-Generäle,

die ihm offenbart hatten, sie seien „auch Offiziere der Sowjetarmee“, entgegnete er, diese Zuordnung sei nunmehr obsolet, er sei ihr Chef. Dagegen entließ er einen General, der Material an westliche Dienste verkauft hatte. Andererseits, um eine gewisse Distanz zur Sowjetunion zu dokumentieren, sei er dem Ratschlag eines dieser Generäle gefolgt, sich nicht „in einer komplizierten Geschichte zu engagieren“, da es sich dabei um „eine Aktion der russischen Seite“ gehandelt habe.

Grundsätzlich hat Diestel ein „konstruktives Verhältnis zu den Russen“, wie auch Sympathien der ostdeutschen Bevölkerung für die Russen selbstverständlich sind; Diestel ist diese Grundhaltung von seinem Vater vermittelt worden. Allerdings weist er auch darauf hin, dass Moskau für den Mauerbau und das drakonische Grenzsystem (Minen) verantwortlich gewesen sei. Nachdem er bereits seinen Minister-Vorgänger Lothar Aherndt als ersten Berater eingestellt hatte, wollte er im Mai 1990 M. Wolf in den Regierungsausschuss zur Auflösung des MfS berufen; infolge der Kritik von Seiten der Bundesregierung und der SPD musste er dieses Vorhaben aufgeben. Mit Wolf habe er regelmäßig, solange dies möglich war, über das sowjetische abhörsichere Kommunikationsnetz telefoniert. Diestel war klug genug, Schäuble um einen westdeutschen Berater für die Auflösung des MfS zu bitten – Schäuble habe ihm daraufhin seinen „besten Mann“ Eckart Werthebach geschickt. Unter dessen Anleitung hätten sich seine Mitarbeiter um die MfS-Akten gekümmert – er habe sich davon ferngehalten.

Die Feier anlässlich des Inkrafttretens der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 stellt für Diestel den Wendepunkt dar, in der Folgezeit sei von der Substanz des Einigungsvertrages und der beiden Staatsverträge nicht mehr viel übrig geblieben. Er selbst habe wichtige Unterlagen vor dem Zugriff durch den BND in Sicherheit gebracht. Die erste Aktion sei bereits in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober erfolgt

– der „Nacht der langen Messer“, als hunderte frühere MfS-Mitarbeiter verhaftet worden seien. Dass sie bald danach, wie er auch erwähnt, wieder entlassen wurden, zählt für ihn nicht. Den westdeutschen Eliten sei es nicht um authentische Vereinigungsprozesse gegangen, vielmehr hätten sie zur Durchsetzung ihrer materiellen Interessen einen „Elite-Austausch“ betrieben, die Bevölkerung der DDR „ausgegrenzt“ und „enthauptet“. Während er und einige Gleichgesinnte diese Tendenz sofort erkannt hätten – manifestiert in den 1992 gegründeten „Komitees für Gerechtigkeit“, sei dies den meisten Ostdeutschen erst nach 25 Jahren klar geworden. Angela Merkel attestiert Diestel, sie habe in ihrer Rede anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 ähnliche Gedanken wie er geäußert. Mit seinem Gesprächspartner Hametner plädiert Diestel am Schluss des zweiten Buches für „Revanche“ – es müsse ein Elitentausch in umgekehrter Richtung erfolgen.

Hinweis auf einige in den Büchern abgedruckte Dokumente:

Im ersten Buch findet sich ein Brief, den Markus Wolf, Werner Großmann und Bernd Fischer am 28. Juli 1990 „persönlich“ an Diestel geschickt haben; dabei geht es um die Anzahl von Angehörigen der HVA und von IM im Bundesgebiet (S. 135-137). Auch hat Diestel Äußerungen von Freunden und Politikern über sich aufgenommen.

In beiden Büchern finden sich Foto-Beilagen sowohl aus Diestels Privatarchiv als auch politische Dokumente. Von Interesse könnten sein: Auf dem 1996 aufgenommenen Foto von Stefan Heym ist dessen handschriftliche Widmung zu lesen: „Wann endlich übernehmen wir die Macht?“ 2002 gratulierten die Autoren des Doppelbandes „Die Sicherheit“ Diestel zum 50. Geburtstag, und für das gleiche Jahr findet sich ein Foto, das Diestel mit Helmut Kohl und Lothar de Maizière

zeigt. Für 2015 ist eine „brüderliche Umarmung“ Diestels mit Oskar Lafontaine festgehalten, ohne Jahresangabe ein Besuch von Alexander Schalck-Golodkowski und dem früheren *Bild*-Chef Hans-Hermann Tiedje. Unter den abgebildeten Gemälden befindet sich ein 1988 von Walter Womacka gemaltes Porträt von Markus Wolf.

Bernd Knabe

Hans-Dieter Bieniek, Gerhard Schätzlein, Karin Kampf: Grenzland Röhn. Wandern im Gestern und Heute. parzelliers Buchverlag, Fulda 2022, 182 Seiten, 14,- Euro.

Den meisten Partei- und Staatsfunktionäre, die als Verantwortungsträger die menschenrechtswidrige Abriegelung der DDR-Westgrenze angeordnet und militärisch umgesetzt hatten, wäre es lieb gewesen, wenn Gras über ihre Verbrechen gewachsen wäre. Dem war nach 1990 aus guten Gründen nicht so. Heute ist allerdings Gras über die ehemaligen Sperranlagen an der Grenze gewachsen, die für DDR-Bürger bis zum 9. November 1989 nur unter lebensgefährlichem Wagnis von Ost nach West passiert werden konnte.

Das vorliegende Buch „Grenzland Röhn“ ist kein herkömmliches Wanderbuch, sondern ein politisch-historischer Wanderführer entlang des Grünen Bandes, der die politische Geschichte der Region in die Darstellung ihrer Naturschönheit einbezieht. Die Autoren bieten in ihrem reich bebilderten und mit Wanderkarten ausgestatteten Buch insgesamt 11 Routen zwischen Henneberg und Geisa an, die in zwei bis vier Stunden zu bewältigen sind. Hingewiesen wird auf die mit dem Fahrzeug zu erreichenden Parkmöglichkeiten, von denen aus man sich auf den Weg macht, auf den Schwierigkeitsgrad der jeweiligen Route, die Länge der Wegstrecke und die zu bewältigenden Höhenunterschiede. Weiterhin gibt es Empfehlungen

für Gasthäuser und Sehenswürdigkeit entlang der Routen.

Die jeder Rundwanderung beigegeben Grenzgeschichten behandeln Vorfälle an der ehemaligen innerdeutschen Grenze wie etwas gelungen und gescheiterte Fluchten, Fahnenfluchten von DDR-Grenzern und weitere Aspekte des Grenzgeschehens. Die dazu von den Autoren angebotenen Darstellungen, wurden akribisch aus den Überlieferungen der DDR-Grenztruppen, des Staatssicherheitsdienstes und durch Zeitzeugenbefragungen von damaligen Flüchtlingen rekonstruiert. Auch DDR-Grenzwachen, die seinerzeit in der Grenzkompanie Frankenheim gedient haben, stellten sich den Fragen des Autorenteam. Ihre Auskünfte wurden in anonymisierter Form in die Grenzgeschichten des Wanderbuchs aufgenommen.

Hans-Dieter Bieniek hat 1976/77 als Grenzsoldat in der 10. Grenzkompanie des Grenzregiments 3 Dermbach in Frankenheim gedient. Er ist somit ein Kenner der Binnenperspektive des DDR-Grenzregimes und späterer kritischer Experte für das Grenzgeschehen in der Region. Er als Ostdeutscher und seine Frau Karin Kampf, eine Westdeutsche und stellvertretende Schulleiterin, sind passionierte Wanderer und in gewisser Weise die Pfadfinder des Rhön-Wanderbuches. Gerhard Schätzlein hatte von seinem Wohnhaus in Willmars (Unterfranken) den direkten Blick auf die DDR-Grenzanlagen. Seine Forschungen als Regionalhistoriker, bei denen er u.a. in jahrelangen Recherchen im Freiburger Bundesarchiv das Meldungsaufkommen und Berichtswesen der DDR-Grenztruppen ausgewertet hat, sind legendär. Seine Forschungsergebnisse halfen uns bei der Aufklärung etlicher Zwischenfälle, die in das biografische Handbuch über die Todesopfer des DDR-Grenzregimes (1949-1989) aufgenommen worden sind.

Für alle Wandersleute, die sich entlang des Grünen Bandes von der Rhön bezaubern lassen wollen und sich dabei auch für

die Geschichte dieses ehemaligen Grenzgebietes interessieren, ist das Buch von Hans-Dieter Bieniek, Gerhard Schätzlein und Karin Kampf ein zuverlässiger Wegbegleiter. Es stieß bei der Vorstellung im Haus auf der Grenze, Point Alpha, am 14. Februar dieses Jahres auf großes Publikumsinteresse. Da die erste Auflage nahezu ausverkauft ist, soll in Kürze eine zweite folgen. Ein Ausschnitt der Buchvorstellung kann auf YouTube unter folgendem Link angesehen werden.

<https://www.youtube.com/watch?v=VIZ4IEYnDWO>